

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gut. Ad. Schleh, Postleferant, Gr. Werberstr. u. Breitestr. Ecke, Otto Hirkisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8. Verantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Hachfeld, für den übrigen redakt. Theil: G. Wagner, beide in Posen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen R. Mofe, Haasenstein & Vogler A.-G., G. J. Haube & Co., Invalidentenkau. Verantwortlich für den Inseratentheil: W. Braun in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertunterster Jahrgang.

Nr. 557

Sonnabend, 11. August.

1894

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabebestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitzelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Politische Uebersicht.

Die „Post“ knüpft an den bekannten Ausfall, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ nach Erklärung ihres verantwortlichen Redakteurs auf eigene Faust gegen den Finanzminister Miquel unternommen hat, allerlei phantastische Erörterungen über rezeßionistische Bestrebungen. Sie behauptet, die der freis. Vereinigung nahestehende Presse habe den Gedanken des Dualismus in der Regierung mit besonderem Eifer und scharfer Pointirung gegen den Finanzminister Dr. Miquel gepflegt, um einen dauernden Bruch mit den Konservativen herbeizuführen und dadurch dem Reichs- und Staatschiff einen scharfen Ruck nach links zu geben. Indem dabei auf die Beheiligung der Trennung des Amtes des Reichskanzlers von dem des Ministerpräsidenten gedrungen werde, rüchete diese neueste rezeßionistische Campaigne sich auch gegen den Ministerpräsidenten. Wir wollen, bemerkt dazu die „Vib. Korr.“, diesen Darlegungen gegenüber zunächst nur darauf hinweisen, daß ein Artikel des der „Post“ politisch sehr nahestehenden „Hamb. Korr.“ der Ausgangspunkt der Erörterungen der „N. N. Z.“ gewesen ist und daß der Urheber dieses Artikels, soviel wir wissen, auch der „Post“ persönlich sehr nahe steht.

Die „Nat.-Ztg.“ erklärt heute wieder ihr Urtheil über die angeblich geplante Verschärfung des Vereinsgesetzes vertragen zu wollen, bis die Einzelheiten des Vorschlags vorliegen. Gleichzeitig aber sucht das Blatt alle Einwände zu widerlegen, welche in der Presse gegen die Absicht der preussischen Regierung erhoben worden sind. Es würde nur wünschen, daß nach den wiederholten Warnungen durch die anarchistischen Attentate im Reiche ein solcher Versuch zur „Unterdrückung jeder Art auf den revolutionären Umsturz hinarbeitender Volksverheerung, sie mag anarchistisch, sozialdemokratisch, agrarisch, antisemitisch oder was sonst sein“, gemacht werde. Ein Versammlungsrecht, wie das preussische, sei durchaus unzulänglich. Aus der Darlegung geht aber hervor, daß das Blatt auch gegen eine Aenderung in Preußen keinen Einspruch erheben würde. Wir haben nie gezweifelt, daß die konservative Partei des preussischen Abgeordnetenhauses von nationalliberaler Seite den zu einer Mehrheitsbildung für ein solches Gesetz nöthigen Zuzug erhalten werde.

Eine auffällige Zunahme der in die öffentlichen Krankenhäuser aufgenommenen Personen weist das „Statistische Jahrbuch für das Königreich Sachsen“ nach. Die Zunahme betrug von 1882 bis 1886 etwa 12 Prozent. Die Zunahme der an Säuglingswahnsinn Leidenden stellt sich auf die erschreckend hohe Zahl von 56 Prozent, die Zunahme der Schwindsüchtigen auf 30 Prozent. Diese Zahlen können natürlich mit dem Wachsthum der Bevölkerung nicht ausreichend erklärt werden. Ob aus ihnen eine Vermehrung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten geschlossen werden darf, erscheint uns zweifelhaft. Wir möchten die mitgetheilten Zahlen vielmehr dahin auffassen, daß die Bevölkerung den Vorzug der Krankenpflege in öffentlichen Anstalten vor der in Familien immer mehr erkennt, und daß die sozialpolitischen Versicherungsgeetze mit dem Zwange, den sie nach dieser Richtung hin ausüben, zugleich erzieherisch gewirkt haben.

Die Thatsache, daß das Telegramm, welches die Einwohner von Sifowa am Jahrestage des Ueberganges der Russen über die Donau nach Petersburg absenden wollten, von der Regierung in Sofia zurückgehalten wurde, wird von den russischen Blättern als der beste Beweis dafür bezeichnet, daß die gegenwärtig in Bulgarien herrschenden russophilen Strömungen nicht ernst zu nehmen sind. Die „Nowoje Wremja“, welche einen ausführlichen Bericht über den Vorfall in Sifowa publizirt, meint, die Zurückhaltung eines Dankbarkeits-Telegramms der Bulgaren an ihre Befreier stelle das „Russophilenthum“ der gegenwärtigen Machthaber in Sofia in sein wahres Licht, so daß jeder Kommentar überflüssig sei. Aber auch ohne die Sifowaer Affaire scheinen die russischen Blätter die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß eine Annäherung Bulgariens an Rußland im Sinne der russischen Panlawisten auch ohne Stambulow unmöglich sei. Die Organe, welche nach dem Sturze Stambulows einer Aussöhnung mit Bulgarien geneigt waren, treten jetzt den Rückzug an, um das alte Leitmotiv über den „Murrpator von Sofia“ und über den österreichisch-ungarischen Einfluß in Bulgarien neuerdings abzuleiern und die Regierung von einer Verständigung mit Bulgarien abzurathen. So treten die „Nowosil“ jetzt dafür ein, daß Rußland die Bulgaren ihrem Schicksale überlasse, bis diese selbst Rußlands Freundschaft anrufen würden.

Der Präsident der nordamerikanischen Union, Cleveland, hat, wie aus Washington, gemeldet wird, die vom Kongresse genehmigte Bill, durch welche das Territorium Utah in den nordamerikanischen Staatenbund aufgenommen wird, bereits unterzeichnet, so daß die Union nunmehr aus 45 Staaten besteht. Die Journale sprechen ihre Befriedigung über die Aufnahme Utahs in die Union aus und hegen die Ueberzeugung, daß der neue Staat, nachdem daselbst die Vorherrschaft der Mormonen gebrochen ist, unter dem Sternenbanner einer gedeihlichen Zukunft entgegengehen werde. Dem Kongresse sind übrigens zwei weitere Bills behufs Aufnahme der Territorien New-Mexico und Arizona in den Staatenbund vorgelegt worden.

Deutschland.

L. C. Berlin, 10. Aug. [Konservative Fronde.] Offenherzigkeiten sind zuweilen recht bedenklich. Das hat Herr v. Bloez erfahren müssen, als er im Kreise seiner Getreuen zu Leipzig etwas allzu deutlich mit der Sprache herausging und die konservative Ablehnung der Kanalvorlage im preussischen Abgeordnetenhause und der Forderungen für zwei neue Kreuzer im Reichstage als die erste Duitung für die Annahme der Handelsverträge bezeichnete. Hinterher kam ihm zum Bewußtsein, daß es Wahrheiten giebt, die man am besten im verschwiegenen Busen bewahrt und er suchte sein Ungeheiß nach Kräften wieder gut zu machen. Viel Eindruck hat er indessen mit der in der „Kreuzztg.“ veröffentlichten Erklärung, in welcher er die fatale „erste Duitung“ möglichst hinwegzudeckeln suchte, nicht gemacht. Nach seiner Behauptung soll sie beileibe nicht die Bedeutung von „Revanche“ haben, sondern eine „einfache Folge“ bezeichnen. Herr v. Bloez ist aber ein so beredter Mann, daß es ihm in Leipzig sicherlich nicht an einem passenden Worte gefehlt haben würde, wenn er nicht gerade denjenigen Eindruck hätte hervorrufen wollen, den seine Rede allgemein gemacht hat, daß nämlich die Konservativen einerseits der Industrie, von der sie sich bei den Handelsverträgen im Stich gelassen sehen, andererseits der Regierung ihre Macht zeigen wollten. Darüber ist ja auch in der politischen Welt nie ein Zweifel gewesen und im Grunde hat sich kein Mensch über die Leipziger Aeußerungen des Herrn v. Bloez gewundert. Man hat sie nur registriert als werthvolles Eingeständniß einer Thatsache, die für jeden Sehenden klar lag. Die Erörterungen, welche die liberale Presse an jene Leipziger Erklärung geknüpft hat, haben auf konservativer Seite stark verstimmt und man jammert über Denunziantenthum und illoyale Verdächtigungen, durch die die konservative Partei in den falschen Verdacht der Fronde gebracht werden sollte. Dabei hält das offiziöse Parteiorgan, die „Kons. Korresp.“, es aber doch für gut, bemerklich zu machen, daß Herr v. Bloez in Leipzig lediglich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundes der Landwirthe aufgetreten sei. Es spricht daraus das Unbehagen, welches man über die Undorftigkeit des Herrn v. Bloez empfindet, aber diese Ausrede wird ebenso wenig Eindruck machen, als die gewundenen Erklärungen, mit denen man den fadenscheinigen Deutungsversuchen des Herrn v. Bloez zu Hülfe kommt. Die Ausrede ist nicht neu. Ähnliches ist auch schon im Reichstage gesagt worden, um die konservative Partei von der Verantwortung für unbecommene Aeußerungen dieses Herrn zu entlasten. Man stellte solche Aeußerungen als unverbündlich hin, weil Herr v. Bloez keine leitende Stellung in der konservativen Partei einnehme, worauf aber den Konservativen von links entgegengehalten wurde, daß der Präsident des Bundes der Landwirthe auch ohne offizielle Stellung in der Partei deren einflußreichstes Mitglied sei, nach dessen Pfeife Alles tanzt. Und so steht es auch heute noch. Der Versuch einer künstlichen Trennung zwischen dem Bunde und der konservativen Partei versängt absolut nicht. Beide verfolgen dieselben Ziele und die leitende Stellung ruht im Wesentlichen in denselben Händen. Und wenn Herr v. Bloez in Leipzig als Mitglied der konservativen Fraktionen des Reichstags und Landtags über die Motive spricht, von welchen diese sich bei ihren Abstimmungen leiten ließen, so ist das eine autoritätivere Fundgebung, als wenn ein beliebiges Vorstandsmitglied der Fraktion sich äußert. Jene Motive lassen sich auch gar nicht verschleiern. Aus den Reden in den Parlamenten und in öffentlichen Versammlungen, aus privaten Aeußerungen und Zeitungsartikeln war man über die Stimmung unter den Konservativen hinreichend unterrichtet. Es sind auf jener Seite sehr viel bedenklichere Aeußerungen gefallen, als die kleine Offenherzigkeit in Leipzig. Aus dem konservativen Lager ertönte der Kriegsruf: Fort mit Caprivi! der „nicht der rechte Mann am rechten

Platz“ sei. Und glaubt man denn, es sei vergessen, daß dieselbe Presse, die es sonst liebt, sich als Erbpächterin der königstreuen Gesinnung aufzuspielen, von der „Unsumme monarchischen Kapitals“ sprach, welches durch die Politik des neuen Kurzes zerstört werde? Daß man erklärte, weiter „vom Thron abrücken“ zu müssen und sich sogar zu der Versicherung verstieg, daß jeder Landmann, der ehrlich sei, „im Kaiser seinen persönlichen Gegner sehen“ müsse! Nach solchen Aeußerungen hat man wirklich keinen Grund, gegen den Verdacht der Fronde allzu empfindlich zu sein.

Die Gegensätze innerhalb der leitenden Kreise Preußens und des Reiches werden in der Presse noch weiter erörtert. In einem längeren Artikel über Caprivi, Miquel und Eulenburg zieht die „Köln. Volksztg.“ folgende „Moral aus der Geschichte“:

„So kann's nicht weiter gehen. Will der Reichskanzler nicht durch fremde Einflüsse den Reichskarren in den Sumpf gerathen lassen, so muß er auch preussischer Ministerpräsident sein. Ein Bant zwischen Offiziellen von zweierlei Obergang ist ja an und für sich nur eine für den gesunden Sinn gewöhnlicher Staatsbürger einigermaßen ärgerliche Erscheinung. Wenn hinter einem solchen Bant aber vollständig auseinandergehende politische Strömungen sich verbergen, so hat die Sache einen ernsteren Charakter. Augenblicklich leben wir wieder einen solchen Bant vor dem ganzen preussischen und deutschen Publikum sich abspielte, und man kann dabei mit Fingern greifen, daß es um schwerwiegende, sachliche Meinungsverschiedenheiten sich handelt. Die Caprivischen Offizialen reden von dem übertriebenen Lob, das die Miquelschen Offizialen ihrem Herrn und Meister spenden. Aber sie meinen damit die politischen Sonderbestrebungen, an welche die Miquelschen Offizialen ihr Lob anknüpfen. Dieser Kampf ist wohl noch nicht zu Ende, und wie er ausgeht, waqt keiner zu prophezeien, der weiß, mit wie vielen Unberechenbarkeiten unsere Politik zu rechnen hat. Aber das ist sicher: er wird ausgefochten zwischen Caprivi und Miquel, und nur zwischen diesen beiden ganz allein. Graf Eulenburg, der preussische Ministerpräsident, wird sich außer Schußweite halten und thun wie bisher, als ob ihn die Sache nichts angehe. Wie lange noch? Bis einer kommt und dieser windstiefen Situation ein Ende macht, wie es sich gehört.“

* Aus Sachsen, 9. Aug. Die Einführung einer städtischen Brodsteuer hat dieser Tage auf Andringen der zünftlerischen Bäckermeister der Stadtrath zu Lausitz beschlossen. Diese Steuer soll in Höhe von 5 Pf. von jedem von auswärts nach Lausitz eingeführten Brode erhoben werden. Der Beschluß des Stadtraths bedarf zunächst noch der Zustimmung des Ministeriums; ob diese erfolgen wird, gilt noch als fraglich.

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 10. Aug. Ein „Heirathsschwindler“, der Schreiber Adalbert Sabjinski, stand am Freitag vor der 7. Strafkammer am hiesigen Landgericht I. Er hat eine bewegte, wenig rühmliche Vergangenheit hinter sich. Nachdem er mehrere kleinere Vorstrafen erlitten, traf ihn im Jahre 1882 eine anderthalbjährige Zuchthausstrafe wegen Urkundenfälschung. Er ist fünf Monate lang bei der Kriminalpolizei angehalten gewesen. Wie es möglich war, daß er dann eine Anstellung bei der königlichen Gewerfabrik in Spandau als Kalkulator erhielt, kam in der Verhandlung nicht zur Sprache. Im vorigen Frühjahr meldete sich Sabjinski als Bewerber auf ein Heirathsgeuech, welches eine Wittve T. hatte einrücken lassen. Er erzählte der Wahrheit gemäß, daß er Wittwer sei und zwei Kinder besitze, lag aber hinzu, daß er Reserveoffizier sei. Die Verlobung kam auch zu Stande. Bald darauf wurde Sabjinski von der Militärverwaltung zu Spandau entlassen. Er fand Aufnahme bei seiner Braut. Auf seine Bitten stellte diese ihm ihr gesamtes Vermögen in Höhe von 7500 Mark zur Verfügung, damit er sich eine Existenz gründen konnte. Auch die Schwester seiner Braut gab zu diesem Zwecke ihre 1500 Mark betragenden Ersparnisse her. Der Eigentümer Filter zu Hohen-Schönhausen trug sich damals mit dem Plan, auf seinem Grundstück eine Export- und Weibler-Brauerei zu erbauen. Er suchte einen Sozjus und fand diesen in der Person des Sabjinski, welcher die geliebten 9000 M. einbrachte. Das Unternehmen hatte einen langamen Fortgang und als die Brauerei endlich fertig war, fehlte es an den nöthigen Betriebsmitteln. Die Hochzeit war schon anberaumt, da erhielt Frau T. unvorbereitet einen Brief von dem Angeklagten, der sie fast niederschmetterte. Sabjinski erklärte ihr, daß er vom Offizierskorps nimmermehr die Erlaubniß erhalten würde, die Ehe mit ihr einzugehen. Er habe Dinge von ihr gehört, die eine Heirath ausschließen. Wenigstens habe er sich aber für verpflichtet gehalten, den Räuber ihrer Ehre zur Verantwortung zu ziehen, er habe sich mit ihm geschossen und ihn verwundet. An der ganzen Geschichte war kein wahrer Wort, der Angeklagte hatte von der Vergangenheit seiner Braut genaue Kenntniß gehabt. Die Anklage nahm an, daß Sabjinski nie die Absicht gehabt, die T. zu heirathen. Für diese Annahme sprach der Umstand, daß er schon vor der Lösung seines Verhältnisses mit einer alten reichen Dame ein anderes anzuknüpfen versucht und seine Gläubiger dahin vertröstet hatte, daß er dann Mittel genug bekommen würde. Inzwischen war die Brauerei völlig in die Brüche gegangen. Beide Inhaber sollten sich Kredit durch falsche Vorspiegelungen verschaffen und schließlich Sachen veräußert haben, welche vom Gerichtsvollzieher gepfändet waren. Wegen der letzteren Vergehen hatte sich deshalb auch der frühere Sozjus des Sabjinski, der Eigentümer Filter zu verantworten. Durch die umfangreiche Beweisaufnahme wurden nur die beiden von Sabjinski begangenen Verbrechen auf dem Gebiete des Heirathsschwindels und der Arrestbruch für erwiesen erachtet, Sabjinski wurde zu drei Jahren Gefängniß und

Mejeris, 10. Aug. [Unfälle beiden Schießübungen. Einquartierung.]

R. Kofen, 10. Aug. [Besitzveränderung. Remontemarkt.]

X. Wreschen, 10. Aug. [Viehseuche.]

Aus den Nachbargebieten der Provinz. Breslau, 10. Aug. [Vom VIII. deutschen Turnfest.]

Telegraphische Nachrichten.

München, 10. Aug. In der heute Vormittag im Rathhause abgehaltenen Generalversammlung...

München, 10. Aug. Das anlässlich der Generalversammlung des Alpenvereins abgehaltene Festmahl...

Wien, 10. Aug. Königin Milana traf heute Abend mit dem Orientexpress hier ein.

Paris, 10. Aug. Major Montell, Gouverneur von Abanz, ist zum Obersten befördert worden.

Dijon, 10. Aug. Der Schwurgerichtshof verurteilte 3 Anarchisten wegen Verherrlichung Caserios...

London, 10. Aug. An Bord der Nacht des Prinzen von Wales, „Britannia“, welche heute den von dem Kaiser ausgesetzten Meteor-Challengepreis gewann...

Amsterdam, 10. Aug. Hier kamen heute 2 Choleraerkrankungen vor, in Maastricht wurden 2 Choleraerkrankungen und ein Todesfall gemeldet...

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Vol. Stg.“ Berlin, 11. August, Morgens.

Die „Vol. Stg.“ meldet aus Düren: Der bekannte Großindustrielle Kommerzienrat Hoesch ist vergangene Nacht gestorben.

Hiesigen Blättern meldet man aus Mannheim: Der Tabakhändler Melzer aus Neckarau, der ca. 40 Fabriken der Branche um hohe Werthe geschädigt hat...

Dem „Vol.-Anz.“ wird aus Hamburg gemeldet: Die Untersuchung in der hier jüngst entdeckten Kaffeeschmuggel-Affäre nimmt große Dimensionen an.

Das „B. Z.“ meldet aus Lemberg: In Sotol geriet ein zwölfjähriger Knabe beim Baden im Bugluffe in einen Wirbel und sank unter.

Ein hiesiges Blatt meldet aus Petersburg: In hiesigen Hofkreisen wurde der Umstand, daß die kaiserliche Familie am Hochzeitstage der Großfürstin Xenia die übliche Rundfahrt durch den Petershofer Park unterließ...

Das „Al. Journ.“ berichtet aus Sosnowice: Der Brand im Innern der Steinkohlengrube wüthet weiter. Die Gruben scheinen unrettbar verloren zu sein.

Prag, 11. Aug. Die Polizei untersagte einem hiesigen, sich „Politischer Arbeiterklub“ nennenden Verein, die Fortdauer seiner Thätigkeit.

Wien, 11. Aug. Wie die „Bud. Corr.“ meldet, wurde seitens des Handelsministeriums heute die Konzessionsurkunde für den Bau einer elektrischen Untergrundbahn ausgefolgt.

London, 10. Aug. Wie dem „Reuter-Bureau“ aus Lima vom heutigen Tage gemeldet wird, hat Präsident Caceres formell die Regierungsgewalt übernommen.

London, 11. Aug. Das Unterhaus nahm die dritte Lesung der Bill, betreffend die Justizlokalerverwaltung, sowie der Bill, betreffend die Errichtung von Prisen-gerichten in den Kolonien an.

Rotterdam, 11. Aug. Ein hiesiges Blatt meldet aus Batabia: Lajas auf Lombol habe nunmehr die holländische Regierung in Bata anerkannt.

Maastricht, 11. Aug. Hier sind drei neue Choleraerkrankungen vorgekommen.

Washington, 11. Aug. Im Senat brachte Hill eine Resolution ein, durch welche die Mitglieder der Tarifkommission aufgefordert werden, die Bedingungen einer Verständigung auseinanderzusetzen...

Der japanisch-chinesische Krieg. London, 10. Aug. [Unterhaus.] Sir E. Grey theilte mit, die vollständigen Berichte der bei der Vernehmung des chinesischen Schiffes „Row-shung“ geretteten englischen Offiziere werden in London am 24. September erwartet.

Landwirthschaftliches. Washington, 11. Aug. [Saatenstandsbericht.] In Folge der beispiellosen Trockenheit ging der Durchschnittsstand des Weizens während des Monats Juli um 26 Punkte zurück.

Sandel und Verkehr. Berlin, 10. Aug. Wochenübersicht der Reichsbank vom 7. August.

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes Metallbest., Bestand an Reichsbanknoten, etc.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im August 1894. Table with 4 columns: Datum, Barometerauf 0, Wind, Wetter.

Fonds- und Produkten-Börsenberichte. Berlin, 10. Aug. [Zur Börse.] Mehr als andere Momente beschäftigten heute die anscheinend etwas gebesserten Ausfichten auf eine wirtschaftliche Gelandung Nordamerikas die Börse.

Breslau, 10. Aug. (Schlußkurse.) Ziemlich fest. Neue 3proz. Reichsanleihe 91,45, 3proz. L.-Stadtbl. 99,80, Konfol. Türken 24,75, etc.

London, 10. Aug. (Schlußkurse.) Fest. Enq. 2 1/2, 3proz. Consols 102 1/2, Breuss. 4proz. Consols 101 1/2, etc.

